Wettbewerbszentrale

Stellungnahme

der Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs Frankfurt am Main e.V.

zu dem Referentenentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2225 über Verbrauchercreditverträge

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat am 23. Juni 2025 den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2225 über Verbraucherkreditverträge veröffentlicht.

Die am 19. November 2023 in Kraft getretene Richtlinie (EU) 2023/2225 verfolgt u. a. das Ziel, den Verbraucherinnen und Verbrauchern einen hohen Standard an Verbraucherschutz in Bezug auf Verbraucherkredite zu bieten. Die Richtlinie schafft dafür strenge Regeln, die Verbraucherinnen und Verbraucher vor den Risiken bei der Aufnahme von Krediten schützen sollen.

Damit betrifft der Referentenentwurf unmittelbar auch die Durchsetzung des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes und berührt damit die seit über 100 Jahren ausgeübte Kerntätigkeit der Wettbewerbszentrale.

Die Wettbewerbszentrale bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem geplanten Referentenentwurf und nimmt zu den Regelungen des Entwurfs, die sich auf die geplanten Änderungen des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (Artikel 5 des Entwurfs) beziehen, wie folgt Stellung:

I. Die Wettbewerbszentrale

Die Wettbewerbszentrale ist eine unabhängige und branchenübergreifende, 1912 gegründete Institution der Wirtschaft, die die Eigenverantwortung der Wirtschaft in Wettbewerbsfragen fördert. Sie ist als klagebefugte Einrichtung neben § 8 Abs. 3 Nr. 2 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) auch nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 Unterlassungsklagegesetz (UKlaG) berechtigt, Unterlassungsansprüche erforderlichenfalls vor Gericht durchzusetzen. Getragen wird die gemeinnützige Organisation von rund 1.100 Unternehmen verschiedenster Branchen, Vertriebsstufen und Unternehmensgrößen sowie rund 800 Kammern und Verbänden der Wirtschaft (www.wettbewerbszentrale.de). Sie vertritt daher keinerlei Brancheninteressen, sondern leistet Unterstützung des nationalen und Europäischen Gesetzgebers als neutraler Berater bei der Gestaltung der wettbewerbsrechtlichen Rahmenbedingungen. Die Eintragung im Lobbyregister des Deutschen Bundestages ist unter der Registernummer R001184 erfolgt.

Bei Verstößen gegen Lauterkeitsrecht wird die Wettbewerbszentrale in der Regel im Wege der Abmahnung, d.h. eine Aufforderung zur Abstellung des Verstoßes unter Fristsetzung, tätig, um das rechtswidrige Verhalten eines Unternehmers schnell, effektiv und außergerichtlich abzustellen. Sofern eine gütliche Einigung nicht erzielt werden kann, nutzt sie das Instrument der Unterlassungsklage.

II. Umfangreiche Änderungen des Anhangs zu § 3 Abs. 3 UWG (sog. „Black-List“)

Der Referentenentwurf sieht in Artikel 5 umfangreiche Änderungen des Anhangs zu § 3 Abs. 3 UWG (sog. „Black-List“) vor. So sollen dem Anhang zu § 3 Abs. 3 UWG zwei weitere Ziffern hinzugefügt werden, die in Summe sechs neue Verbotstatbestände vorsehen.

Konkret sollen dem Anhang zu § 3 Abs. 3 UWG hinzugefügt werden und damit stets unzulässig sein:

23d. Irreführung bei Werbung für Kreditprodukte

die Werbung für Kreditprodukte gemäß § 491 Absatz 2 oder § 506 Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wenn

a) diese ohne einen klaren und auffallenden Warnhinweis auf die mit der Kreditaufnahme verbundenen Kosten erfolgt, wobei die Formulierung „Achtung! Kreditaufnahme kostet Geld“ oder eine gleichwertige Formulierung zu verwenden ist,

b) Verbraucher zur Kreditaufnahme ermutigt werden, indem suggeriert wird, ein Kredit würde ihre finanzielle Situation verbessern,

c) angegeben wird, dass laufende Kreditverträge oder in Datenbanken eingetragene Kredite geringen oder keinen Einfluss auf die Bewertung eines Kreditantrages hätten, oder

d) fälschlicherweise suggeriert wird, dass ein Kredit die Finanzmittel erhöhen, einen Ersatz für Ersparnisse darstellen oder den Lebensstandard des Verbrauchers anheben würde;

und

33. Aggressive Werbung für Kreditprodukte

die Werbung für Kreditprodukte gemäß § 491 Absatz 2 oder § 506 Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wenn

a) angegeben wird, dass ein Preisnachlass von der Kreditaufnahme abhängig ist,

b) Schonfristen für Rückzahlungsraten von mehr als drei Monaten angeboten werden.

III. Sprachliche Gestaltung des Warnhinweises

Die Erhöhung des Verbraucherschutzes beim Abschluss von Kreditverträgen ist grundsätzlich zu begrüßen. Der Entwurf sieht dafür neben den Änderungen des UWG umfassende innerhalb des BGB sowie des EGBGB verankerte Informationspflichten der Anbieter solcher Kredite vor. Inwiefern eine Zunahme standardisierter Informationen, insbesondere bei Finanzprodukten, dafür ein geeignetes Mittel darstellt, ist zwar durchaus kritisch zu sehen. Im Rahmen dieser Stellungnahme wird eine weitergehende Auseinandersetzung jedoch bewusst ausgeklammert.

Der Wettbewerbszentrale ist bewusst, dass Art. 8 Abs. 1 sowie Art. 8 Abs. 7 der Verbraucherkreditrichtlinie, die mit der geplanten Einfügung neuer Verbotstatbestände in Nr. 23d des Anhangs zu § 3 Abs. 3 UWG umgesetzt werden sollen, eine Vollharmonisierung vorsehen.

Gleichwohl sollte auf eine sachgerechte Umsetzung der Richtlinie besonderes Augenmerk gerichtet werden.

So ist nach Ansicht der Wettbewerbszentrale darauf zu achten, dass die Verbraucherkreditrichtlinie im Hinblick auf den verpflichtenden Warnhinweis in der Werbung für Kreditprodukte in Art. 8 Abs. 1 (Umsetzung in Nr. 23d lit. a)) mit der Formulierung „*Caution! Borrowing money costs money*“ bewusst eine

untechnische Terminologie verwendet. Für den Warnhinweis in deutscher Sprache wäre daher zu überlegen, ob dieser auch ohne Fachbegriffe (etwa: „Finanzieren kostet Geld“ oder „Geld leihen kostet Geld“) auskommt. Dies würde auch gestützt werden durch die Begründung des Referentenentwurfs (S. 167), aus der hervorgeht, dass der aktuell für den Warnhinweis geplante Begriff „Kredit“ – insofern jetzt schon mehrdeutig – sowohl Darlehensverträge als auch entsprechende Finanzierungshilfen meint.

IV. Keine zwingende Umsetzung des Art. 8 Abs. 8 der Verbraucherkreditrichtlinie

Die Umsetzung des Art. 8 Abs. 8 der Verbraucherkreditrichtlinie soll als geplante Nr. 33 im Anhang zu § 3 Abs. 3 UWG unter der Abschnittsüberschrift „Aggressive geschäftliche Handlungen“ erfolgen.

Eine Umsetzung ist indes nicht zwingend. So heißt es dort ausdrücklich: „Die Mitgliedstaaten können unter anderem Werbung für Kreditprodukte verbieten“. Gleichwohl sieht der Referentenentwurf nun eine überobligatorische Umsetzung vor.

Dies ist jedoch nicht erforderlich, weil das Verbot aggressiver geschäftlicher Handlungen bereits innerhalb des UWG hinreichend geregelt ist und der Teil der Verbraucherkreditrichtlinie, der zwingend umzusetzen ist, die entsprechenden Fallkonstellationen bereits erfasst. Überdies steht auch in Frage, ob es sich bei den geplanten Verbotstatbeständen überhaupt um aggressive geschäftliche Handlungen handelt.

1. Unlauterkeit aggressiver geschäftlicher Handlungen im UWG verankert

Die Wettbewerbszentrale begrüßt grundsätzlich das Bedürfnis, aggressive geschäftliche Handlungen zu unterbinden.

Festzuhalten ist jedoch, dass bereits nach derzeitiger Rechtslage aggressive geschäftliche Handlungen zu unterlassen sind: Nach § 4a UWG handelt unlauter, wer eine aggressive geschäftliche Handlung vornimmt, die geeignet ist, den Verbraucher oder sonstigen Marktteilnehmer zu einer geschäftlichen Entscheidung zu veranlassen, die dieser andernfalls nicht getroffen hätte. Weiter heißt es: Eine geschäftliche Handlung ist aggressiv, wenn sie im konkreten Fall unter Berücksichtigung aller Umstände geeignet ist, die Entscheidungsfreiheit des Verbrauchers oder sonstigen Marktteilnehmers erheblich zu beeinträchtigen durch

1. Belästigung,
2. Nötigung einschließlich der Anwendung körperlicher Gewalt oder
3. unzulässige Beeinflussung.

Selbst wenn die nach dem Referentenentwurf in Nr. 33 des Anhangs zu § 3 Abs. 3 UWG einzufügenden Verbotstatbestände als aggressive geschäftlicher Handlungen einzustufen wären (dazu unter 3.), wären sie also bereits nach geltendem Recht unlauter.

Nun zeichnen sich die per se-Verbote des Anhangs zu § 3 Abs. 3 UWG dadurch aus, dass es auf die geschäftliche (oder wettbewerbliche) Relevanz der Handlung für das Verhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher nicht ankommt. Eine Regelung, die unionsrechtlich nicht zwingend umzusetzen ist, sollte nach Ansicht der Wettbewerbszentrale aber nicht auch noch ohne jedes lauterkeitsrechtliche Spürbarkeitskriterium auskommen.

2. Vermeidung von Redundanzen

Die Wettbewerbszentrale ist darüber hinaus der Ansicht, dass die geplante Einfügung der Nr. 33 in den Anhang zu § 3 Abs. 3 UWG nicht erforderlich ist.

Denn auch Nr. 33 lit. a) des Entwurfs (Art. 8 Abs. 8 (b) der Richtlinie) fällt unter die ohnehin schon unionsrechtlich getroffene Entscheidung, dass Verbraucherkredite nicht als vorteilhaft für Verbraucherinnen und Verbraucher beworben werden können. Dies stellen die zwingend umzusetzenden Informationspflichten und auch die Warnhinweise sicher. Die Gewährung eines Preisnachlasses – etwa für den Kauf einer Ware – bei Abschluss eines Kreditvertrags wird jedoch, insbesondere von Verbraucherinnen und Verbrauchern, als genau solch ein Vorteil verstanden werden.

Ebenso dürfte auch der in Nr. 33 lit. b) des Entwurfs (Art. 8 Abs. 8 (c) der Richtlinie) geregelte Sachverhalt bereits durch andere – zwingend umzusetzende – Verbotstatbestände erfasst sein. Denn die Bewerbung einer Schonfrist für die Rückzahlung von Darlehensraten könnte zu der Annahme führen, die Kreditaufnahme sei mit geringeren oder nicht mit Kosten verbunden. Das würde aber schon den Warnhinweis in Nr. 23d lit. a) des Entwurfs (Art. 8 Abs. 1 der Richtlinie) zuwiderlaufen und darüber hinaus auch suggerieren, dass ein Kredit – jedenfalls vorerst – die Finanzmittel erhöht (Nr. 23d lit. d) des Entwurfs (Art. 8 Abs. 7 (c) der Richtlinie)).

3. De lege lata keine aggressiven geschäftlichen Handlungen

Überdies sind die in Art. 8 Abs. 8 (b) und (c) der Verbraucherkreditrichtlinie und in Nr. 33. lit. a) und b) des Anhangs zu § 3 Abs. 3 UWG umgesetzten Tatbestände nach Ansicht der Wettbewerbszentrale *de lege lata* nicht als aggressive geschäftliche Handlungen zu qualifizieren.

Auch die bereits bestehenden Verbotstatbestände im Anhang zu § 3 Abs. 3 UWG, die dort unter der Überschrift „Aggressive geschäftliche Handlungen“ gelistet sind, sind jeweils als Beispiele für aggressive geschäftliche Handlungen im Sinne von § 4a Abs. 1 UWG zu verstehen. Verboten sind also zunächst bestimmte aggressive Verhaltensweisen.

§ 4a UWG dient der Umsetzung der Bestimmungen über die aggressiven Geschäftspraktiken in den Art. 5 Abs. 4, Art. 8 und 9 der Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern (UGP-Richtlinie). Auch die Verbotstatbestände im Anhang zu § 3 Abs. 3 UWG müssen sich daher an den Art. 5 Abs. 4, Art. 6–9 der UGP-Richtlinie messen lassen.

Nr. 33 lit. a) des Entwurfs (Art. 8 Abs. 8 (b) der Richtlinie) und Nr. 33 lit. b) des Entwurfs (Art. 8 Abs. 8 (c) der Richtlinie) lassen keine aggressiven Geschäftspraktiken nach Art. 8 der UGP-Richtlinie erkennen (zu den Voraussetzungen einer Belästigung, Nötigung und unzulässigen Beeinflussung vgl. Art. 9 der UGP-Richtlinie). In der Situation eines potentiellen Vertragsabschlusses verbieten die Verbotstatbestände des Anhangs zu § 3 Abs. 3 UWG etwa das Erwecken des Eindrucks, Verbraucherinnen und Verbraucher könnten bestimmte Räumlichkeiten nur verlassen, wenn diese zuvor etwas kaufen. Darüber hinaus soll unter anderem verhindert werden, dass Verbraucherinnen und Verbraucher durch hartnäckiges Ansprechen – also einen Fall der besonders intensiven Belästigung im Sinne von § 4a Abs. 1 S. 2 Nr. 1 UWG – zu einer geschäftlichen Entscheidung veranlasst werden, die ihren wirtschaftlichen Interessen widerspricht und die nur getroffen wird, um „endlich in Ruhe gelassen zu werden“.

Mit einer solchen Situation sind die in Nr. 33 lit. a) des Entwurfs (Art. 8 Abs. 8 (b) der Richtlinie) und Nr. 33 lit. b) des Entwurfs (Art. 8 Abs. 8 (c) der Richtlinie) geplanten Tatbestände allerdings nicht vergleichbar. Die bloße Bewerbung eines Preisnachlasses bei Abschluss des Kredits oder die bloße Bewerbung von Schonfristen stellen weder hartnäckiges Ansprechen noch ein Festhalten dar.

Für einen weiteren Austausch stehen wir gerne zur Verfügung.

Stand: 15. Juli 2025

Kontakt:

Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs Frankfurt am Main e. V.

Dr. Fabio Schulze
Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt)
Tannenwaldallee 6
61348 Bad Homburg

Tel.: 06172 – 1215-0

E-Mail: schulze@wettbewerbszentrale.de

Internet: www.wettbewerbszentrale.de